

Schluß

Ritualkritik als Herrschaftskritik

Die aktuelle (seit Beginn der 1990er Jahre) Militarisierung Deutschlands hat eine andere Qualität als die Remilitarisierung der 50er Jahre. Die Bundeswehr - sollte sie nach dem Verlust des Systemgegners im Osten nicht in ihrer Aufgabenlosigkeit erstarren - war entweder abzuwickeln oder von einer verfassungsgebundenen Verteidigungsarmee zu einem weltweit offensiv einsatzfähigen Militärapparat umzubauen. Das 'Verteidigungsparadox' (Wette) hatte unter den Bedingungen des Kalten Krieges bedeutet, daß eine Situation, die den Einsatz der Bundeswehr nötig und möglich machen würde, immer auch schon den mitteleuropäischen Atomkrieg bedeutet hätte und damit das Ende nicht nur der Bundeswehr, sondern der ganzen Bundesrepublik (und mehr). Mit dem Ende des Kalten Krieges und der globalen Ost-West-Atomwaffen-Bedrohung wurde die deutsche staatliche Souveränität vollständig wiederhergestellt. Für Deutschland war damit nicht nur das Streben nach einer staatlichen Kriegsführungsfähigkeit verbunden, sondern auch die Bereitschaft, militärische Mittel zur Durchsetzung nationaler Interessen einzusetzen. Ein solcher Umbau war und ist unter demokratischen Bedingungen nur schleichend möglich, denn er kann nicht dekretiert werden, sondern findet über die formalen Verfahren der Gesetzgebung unter verfassungsrichterlicher Kontrolle statt. Aber gerade das formal-demokratische Verfahren wurde immer wieder vorangetrieben, indem die verschiedenen Regierungen über die Vorbereitung des jeweils nächsten Kriegseinsatzes höherer Intensität Entscheidungszwänge produzierten. Immer unter dem Vorwand "international Verantwortung übernehmen zu müssen" und als ob es keine anderen Mittel für eine international solidarische Politik gäbe, vollzog die deutsche Außenpolitik einen Prozeß der "*Re-Verkrieglichung*" (Narr, Interview: 2001: 162): Militäreinsatz, d.h. Kriegführung ist wieder ein - und nicht mehr nur letztes - Mittel der Politik.

Heute, nachdem auch für die Bundeswehr eine Präventivkriegsdoktrin in den Verteidigungspolitischen Richtlinien zugrunde gelegt worden ist - wenn auch in verklausulierterer Form als im US-amerikanischen Vorbild (vgl. Pflüger 2003) -, ist Kriegführung als Mittel der Politik auch in Deutschland wieder selbstverständlich. Mehr noch: Sie findet entgegen der philanthropisch-staatspazifistischen Rhetorik auch kontinuierlich statt, während es gleichzeitig gelingt, bundesweite Demonstrationen als Unterstützung von Regierungspolitik zu interpretieren: Aber am 15. Februar 2003 demonstrierten unter den mehreren 100.000 Teilnehmern überall und erkennbar auch Militär- und Kapitalismusegegner. Der offizielle Habitus deutscher

Kriegführung im 21. Jahrhundert ist nicht mehr patriotische Begeisterung wie vor dem Ersten Weltkrieg oder faschistisch inszenierter Fanatismus wie vor dem Zweiten, sondern eine ›kritische‹ Haltung, d.h. eine von moralisierendem Selbstzweifel zerrissene Emotionslage:

"Die Bundesregierung hat sich deshalb, unterstützt vom Parlament, entschlossen, eine aktive Rolle in der internationalen Koalition gegen den Terrorismus zu spielen. Selbstverständlich geht ein solcher Perspektivwechsel in der eigenen Außenpolitik nicht ohne tiefgreifende Diskussionen, nicht ohne Selbstzweifel, nicht ohne kritische Nachfragen, nicht ohne kontroverse Diskussionen ab. Wir werten dies eher als positives Zeichen."²⁰¹

Bei dieser bundesdeutschen "Renaissance des Militärischen"²⁰² spielen die Militärrituale eine funktionale Rolle. Als Kulturphänomene, die dazu dienen, Gewaltverhältnisse zu rechtfertigen oder zu legitimieren, bilden sie nach Galtung eine Form der "Kulturellen Gewalt" (Galtung 1998: 341 ff). Militärrituale stellen als Kulturphänomene binnenmilitärisch über Disziplinierungsmechanismen Gehorsam und Gewaltbereitschaft her. Im Gelöbnis als Initiationsritual erfolgt der Zugriff auf die ›zivilen Körper und Gewissen‹: Der zivile Bürger, der dem Tötungsverbot unterliegt, wird aufgenommen in das Militär. Durch körperlichen Drill und Demütigung, geistige und physische Disziplinierung, Initiations- und Schwellenrituale wird der individuelle Körper Glied des "Truppenkörpers". "Der menschliche Körper geht in eine Machtmaschine ein, die ihn durchdringt, zergliedert und wieder zusammensetzt." (Foucault 1981: 176) Er wird seinem Individuum enteignet und - ausgebildet und geformt - wieder eingliedert in die Geschlossenheit des militärischen Kollektivkörpers, der dem Tötungs- und Sterbegebot unterworfen ist.

Aber auch gesellschaftlich reproduzieren die Militärrituale als Kulturphänomene über Geschichtskonstruktion und Traditionsstiftung die Quasi-Natürlichkeit von Militär (und militärischem Nationalismus). In inner- und zwischenstaatlichen Konflikten stellt Militär das Problem dar, dessen Lösung es zu sein vorgibt (Sicherheitsdilemma). Systemisch dient die Drohung und Anwendung militärischer Gewalt der Aufrechterhaltung staatlicher Herrschaft und der Verbreitung der Rahmenbedingungen für Privateigentum und kapitalistische Konkurrenz. Militarisierung und Kulturelle Gewalt der Militärrituale machen daher m.E. eine Kritik notwendig, die tragfähig ist und nicht dem Militarisierungsvorhaben selbst wieder in die Hände spielt, indem sie zu seiner Modernisierung beiträgt. Dafür halte ich es für sinnvoll, vom Begriff der Kritik her zu bestimmen, was eine Militarisierungs- und Militärritualekritik leisten muß: Kritik von Herrschaft. Historisch läßt sich Herrschaft kaum denken ohne ihre Gegenbe-

²⁰¹ So der für die konzeptionelle Ausrichtung der "grünen" Außenpolitik zuständige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Ludger Volmer (Grüne) in einer Rede über die "Grundlinien der neuen deutschen Außenpolitik" vor dem "Politischen Forum Ruhr" am 12. November 2001.

²⁰² So der Titel eines Aufsatzes von Wolfram Wette (1994).

wegung, die Kritik. Wenn Macchiavelli, der Begründer der Regierungslehre, und andere mit ihren Fürstenspiegeln eine Bewegung der Regierbarmachung ausgelöst haben, aus der unter anderem auch die Politikwissenschaft als akademische Disziplin der Regierungswissenschaft entstanden ist, dann beinhaltet diese Bewegung immer auch den Ansatz zu ihrer Kritik:

"Als Gegenstück zu den Regierungskünsten, gleichzeitig ihre Partnerin und ihre Widersacherin, als Weise ihnen zu mißtrauen, sie abzulehnen, sie zu begrenzen und sie auf ihr Maß zurückzuführen, sie zu transformieren, ihnen zu entweichen oder sie immerhin zu verschieben zu suchen, als Posten zu ihrer Hinhaltung und doch auch als Linie der Entfaltung der Regierungskünste ist damals in Europa eine Kulturform entstanden, eine moralische und politische Haltung, eine Denkungsart, welche ich nenne: die Kunst nicht regiert zu werden bzw. die Kunst nicht auf diese Weise und um diesen Preis regiert zu werden. Als erste Definition der Kritik schlage ich also die allgemeine Charakterisierung vor: *die Kunst nicht dermaßen regiert zu werden.*" (Foucault 1992: 12, Herv. ME)

Wichtig an einer gegen Regierung gerichtete Kritik ist ihre Unterscheidung von der bloß abweichenden, individuellen Meinung. Kritik meint nicht eigene Meinung, die zwar von einer garantierten Meinungsfreiheit geschützt ist, aber politisch folgenlos bleibt, weil sie sich als Privatsache und damit als nicht-gesellschaftlich relevant abtun läßt. Kritik kann zwar an einem Meinungsunterschied ansetzen. Sie geht aber in ihrer Geltung weit über die Meinung hinaus, weil sie ihre Kriterien offenlegt, ihre Gründe benennt und Ergebnis einer ständigen Auseinandersetzung ist - nicht nur mit dem Gegenstand der Kritik, sondern auch unter den Kritikern. Kritik ist daher "individuelle und zugleich kollektive Haltung, aus seiner Unmündigkeit hervorzutreten" (Foucault 1992: 41; vgl. zu den ethischen Grundlagen dieser Haltung: Krippendorff 1999a). Kritik ist die Rückseite der Medaille, auf deren Vorderseite Regierung strahlt. Damit ist sie ebenso selbstverständlich *kollektive Haltung* wie das Konzept der Regierung kollektiv funktioniert - als Regierung der einen über die anderen. Und damit ist Kritik ebenso *gerichtet* wie Regierungshandeln, nur eben diesem diametral entgegengesetzt. Während der Akt des Regierens als Zwang die Hierarchie hinabläuft, richtet sich Kritik gegen Regierung, gegen den Zwang des Regierungsaktes, gegen die gesamte Hierarchie, die die strukturelle Voraussetzung von Regierung bildet und gegen die Bewußtseinsformen und Diskurse, die dem Regierungsanspruch seine theoretische Geltung verschaffen.

"Wenn es sich bei der Regierungsintensivierung darum handelt, in einer sozialen Praxis die Individuen zu unterwerfen - und zwar durch Machtmechanismen, die sich auf Wahrheit berufen, dann würde ich sagen, ist die Kritik die Bewegung, in welcher sich das Subjekt das Recht herausnimmt, die Wahrheit auf ihre Machteffekte hin zu befragen und die Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse hin. Dann ist die Kritik die Kunst der freiwilligen Unknechtschaft, *der reflektierten Unfügsamkeit*. In dem Spiel, das man die Politik der Wahrheit nennen könnte, hätte die Kritik die *Funktion der Entunterwerfung.*" (Foucault 1992: 15, Herv. ME)

Noch vor der kritischen Auseinandersetzung zwischen Regierung/Herrschaft und Kritik liegt die Auseinandersetzung um die Kritik. Regierung bzw. diejenigen, die sich mit dem herrschaftlichen ›Oben‹ identifizieren, versuchen, die Kritik und ihre Vertreter für ihr jeweiliges Herrschaftsprojekt in die Pflicht zu nehmen.

"Es gibt eine Redensart, daß man nicht nur niederreißen, sondern auch wissen müsse aufzubauen, welche Phrase von gemütlichen und oberflächlichen Leuten allerwegs angebracht wird, wo ihnen eine sichtende Tätigkeit unbequem entgegentritt. Diese Redensart ist da am Platze, wo obenhin abgesprochen oder aus törichter Neigung verneint wird; sonst aber ist sie ohne Verstand. Denn man reißt nicht stets nieder, um wieder aufzubauen; im Gegenteil, man reißt recht mit Fleiß nieder, um freien Raum für Licht und Luft zu gewinnen, welche überall sich von selbst einfinden, wo ein sperrender Gegenstand weggenommen ist. Wenn man den Dingen ins Gesicht schaut und sie mit Aufrichtigkeit behandelt, so ist nichts negativ, sondern alles ist positiv, um diesen Pfefferkuchenausdruck zu gebrauchen." (Keller 1986: 590)

Oft wird jedoch der Kritik die Berechtigung verweigert, wenn sie nicht verspricht, die praktikable Alternative bereitzuhalten, und sich im Grunde nur auf einen Vorspann oder eine Einleitung zum konstruktiven Beitrag beschränkt.

"Nach wie vor dient der Affekt gegen angeblich bloß zersetzende Kritik oft dazu, diejenigen mundtot zu machen, die gesellschaftliche Mißstände erkennbar machen, ohne gleich ein Rezept zur Veränderung mitzuliefern. Daß Kritik negativ ist, liegt aber in der Sache. Wer etwas oder jemand kritisiert, der verhält sich negierend. Insofern lässt sich in der Tat sagen, daß Kritik ein destruktives Moment hat. Die Alltagssprache spielt dagegen die 'konstruktive Kritik' aus, die nicht zerstören, sondern der Verbesserung dienen sollte. Professionelle Kritiker bestehen aber aus gutem Grund darauf, daß man Kritik nicht nur dann gelten lassen darf, wenn sie sich durch konstruktive Vorschläge beliebt (und berechenbar!) macht. Wer Kritik überhaupt nur akzeptieren will, wenn sie von jemandem vorgetragen wird, der das Kritisierte selbst besser zuwege bringt oder behauptet, zumindest zu wissen, wie man es machen müsse, der folgt einer Immunisierungsstrategie." (Schweppenhäuser 2003: 18f)

"Einreißen" als "zersetzende Kritik" und Wissen um den Wiederaufbau als "konstruktive Kritik" werden also häufig zunächst unterschieden, um dann jene zu denunzieren und nur noch diese zuzulassen. Kritik wird als 'abstrakte Theorie' denunziert, die der Realität nicht gerecht werde. Das mag zwar stimmen. Eignet sich aber gerade nicht, um der Kritik ihre Existenzberechtigung abzusprechen. Kritik als reflektierte Unfügsamkeit und Projekt der Entunterwerfung²⁰³ beginnt dort, wo sie aufhört, konstruktiv zu sein oder sich zur 'Realitätstauglichkeit' verpflichten zu lassen.²⁰⁴

Eine radikale Kritik der Militärrituale darf also nicht den Zusammenhang aus dem kritischen Blick verlieren, in dem Militärrituale, Militär und Staat ihre Funktionen erfüllen. Entscheidend ist die Art und Weise, wie eine Gesellschaft die Reproduktion ihrer einzelnen Mitglieder

²⁰³ "Entunterwerfung" führt jedoch meistens zur Überwerfung mit den Unterwerfern.

und die gesellschaftliche Reproduktion ermöglicht bzw. organisiert. Eine Kritik der Militärrituale bleibt nur Kritik im eben bestimmten Sinne, wenn sie Militärrituale in ihrer Funktionalität für den Betrieb von Militär kritisiert, Militär in seiner Funktionalität für den Staat und Staatlichkeit in ihrer Funktionalität für die Aufrechterhaltung eines Reproduktionssystems, das aufgrund seiner systemrationalen Funktionsweise die ökologischen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen zu zerstören droht. Unter kapitalistischen Verhältnissen werden nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen zugrunde gerichtet, sondern der Mensch selbst. Das geschieht in dem Maße, wie sich konkrete Lebensbindungen aufgrund des systemischen Verwertungszwanges immer weniger an der Garantie der Würde jedes einzelnen orientieren. Stattdessen messen sich menschliche (Über-)Lebenschancen am individuellen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Produktivität. Eine Position zu Militärritualen, die Militär und/oder Staat nur 'besser', 'ziviler', 'humaner', 'moderner' oder 'effizienter' machen will, und Kapitalismus nicht mehr zu thematisieren bereit ist, ist keine kritische Position, weil ihr der emanzipative Impuls auf dem Weg ihrer Argumentation verloren geht und sie letztendlich nur noch zur Modernisierung von Herrschaft beiträgt. Sie bleibt daher bloße Form- oder Stilkritik, die sich durch ihre relative Harmlosigkeit ihre bessere Durchsetzbarkeit erkauft, letztlich aber praktisch folgenlos bleibt.

Mit einem solchen Kritikverständnis lassen sich die Militärrituale als die Herrschaftsinstrumente effektiv kritisieren, die sie sind. Nur jenseits der Grenzen der immanenten Kritik zeigt sich der Rekrut als der Nation und dem militärisch-staatlichen Befehlszusammenhang unterworfenen Bürger. Durch seinen Militärdienst wird der Rekrut zum Untertanen, der sein individuelles materielles Lebensinteresse mit dem Interesse der Befehlsgewalt, des Staates, identifiziert.²⁰⁵ Er meint, sein Interesse wäre im "Allgemeinwohl" gut aufgehoben. Nur die radikale Kritik thematisiert das erstrebenswerte Allgemeinwohl als das Interesse der Nation, die Untertanen für die kapitalistische Ökonomie verwertbar und (im Kriegsfall für das Militär) verfügbar zu machen. Der einzelne Mensch - das innerhalb der bürgerlichen Ideologie so hoch gehandelte Individuum - ist im ganzen Prozess nur das Material, das Mittel zum Zweck, aber nicht der Zweck selbst.

²⁰⁴ Kritik beginnt schon in der Erziehung, indem die "Reife des Ungehorsams" zum Erfolgskriterium wird (vgl. Brückner 1983: 31).

²⁰⁵ Das rekrutische Gewissen findet im untertänigen Gewissen der zivilen Sphäre seine Entsprechung - Untertanen werden auch z.B. in den Befehlssystemen der Arbeitssphäre produziert.

Aufklärung und Subversion - Grenzen und Möglichkeiten radikaler Ritualkritik

Die radikale Kritik der Verkehrung aller Zwecke thematisiert die unmittelbare Bedrohung bzw. den unmittelbaren Schaden für jeden Einzelnen durch die derartige Einrichtung der Gesellschaft. Erst eine solche Kritik, die die Umkehrung von Mittel und Zweck im Sinne hat, die den konkreten Menschen zum Zweck hat, kann die Affirmation aufbrechen und mit den Interessen des nationalen Kollektivs brechen. Radikale Kritik in Konzept und Tat bedeutet dann Verweigerung gegenüber dem nationalisierten Vergesellschaftungskonzept und die Kritik des Schlusses, gegen diese Verhältnisse nicht opponieren zu können. Kritik bedeutet dann auch organisierte Selbstverteidigung gegen die Stigmatisierung, Marginalisierung, Kriminalisierung, Psychopathologisierung, Sanktionierung als Schmarotzer (früher: Volksschädling). Sie bedeutet unbedingt offensiven Umgang mit der Angst vor der unmittelbaren Gewalt, also der Kündigung oder dem Gefängnis/dem Knüppel/der Psychiatrie, damit sich Abwehrreaktionen nicht gegen wehrlose Personen richten, nicht (immer wieder) gegen die, die noch weniger oder "keine Befehlsgewalt" (Horkheimer/Adorno 1988: 179) haben.

Grundlegende Militärkritik kann auch praktische Formen annehmen ohne in die Gefahr des 'Konstruktiven' zu geraten und sich in 'Verbesserungsvorschlägen' zu erschöpfen. Um dies zu vermeiden, muß sie jedoch einige Punkte beachten:

a) Zunächst muß der ›Militarisierung von Hirnen und Herzen‹ begegnet werden mit der materialreichen Aufbereitung der Botschaft: Es geht auch anders. In kontinuierlicher Gegengeschichtsschreibung wird das Bewußtsein für die gesellschaftlich-sozialen Ursachen von Gewalt/Krieg, die Möglichkeit von Militärkritik und die Möglichkeiten nicht-militärischer Konfliktbearbeitung wachgehalten. In diesem Sinn bewußtseinsbildend kann zum Beispiel ein militärsoziologisches Buch wirken, das nicht nur die Mechanismen der Herstellung militärischer Disziplin darlegt, sondern auch die Existenz von Ungehorsam, Fahnenflucht, Befehlsverweigerung, Sabotage, Desertion nicht nur nicht verschweigt oder leugnet, sondern ebenfalls darstellt und nach Bedingungen und Möglichkeiten auswertet (z.B. Bröckling 1997). Ebenfalls in diesem Sinne wirkt Geschichtsschreibung, die gegen die ›Geschichte der großen Männer und Kriege‹ eine Geschichte der Unterdrückung, der sozialen Aufstände, Emanzipationsbemühungen und -erfolge schreibt (z.B. Zinn 2003). Darüberhinaus lernen soziale Bewegungen ständig voneinander: Sie beziehen die Analyse der Wirklichkeit aufeinander, reflektieren ihre Aktions- und Widerstandsformen, tauschen sich darüber aus und bieten sich gegenseitig Anknüpfungspunkte auf den verschiedenen Kampffeldern, wo es um Nischen und Freiräume geht für ein freies und gerechtes Zusammenleben (so z.B. in Martin 2001).

b) In der Regel geben sich die Bürger eines Staates - der bürgerlichen Konzeption von Arbeitsteilung folgend - mit der Delegation der Gewaltfunktionen an die Institutionen des staatlichen Gewaltmonopols zufrieden. Die Verantwortung für das, was diese Institutionen tun oder nicht tun, delegieren sie an die politische Klasse. Vor allem jedoch dort, wo die Menschen als Bürger selbst betroffen sind durch die Existenz von Militär, finden sich Anknüpfungspunkte für praktische Militärcritik: Finanzierung des Militärs über das allgemeine Steueraufkommen und Versorgung des Militärs mit 'Menschenmaterial' über die allgemeine Wehrpflicht.

Bei der formalen und juristischen Beratung junger Männer bei der Wahrnehmung ihres 'Grundrechtes auf Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen' lassen sich oft auch die politischen Dimensionen der Thematik vermitteln. Wenn auch nicht jeder Verweigerer dann zur Totalverweigerung²⁰⁶ bereit ist, so ist die Totalverweigerung doch die konsequenteste Form der Kriegsdienstverweigerung. Konkret bedeutet die Totalverweigerung die Verweigerung aller sich aus der Wehrpflicht ergebenden Zwänge und Zwangsdienste - auch des Zivildienstes, der als ziviler Ersatzzwangsdienst den Dienst an der Waffe mit zivilen Mitteln flankiert. Staatlich anerkannte Kriegsdienstverweigerer unterliegen, genau wie Soldaten, der Wehrpflicht und haben diese durch die Ableistung des Zivildienstes ersatzweise zu erfüllen. Zivildienstleistende sind für den sogenannten Verteidigungsfall ein wichtiger Planungsposten zur Sicherung der 'Heimatfront', des Nachschubs, der Versorgung der Kriegsverletzten etc. Nach geltender Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes gibt es legal nur die Möglichkeit, den *Kriegsdienst mit der Waffe* zu verweigern. Die Verweigerung eines *waffenlosen Kriegsdienstes* ist rechtlich nicht möglich. Konsequente Totale Kriegsdienstverweigerung (TKDV) ist eine der wenigen Handlungsweisen praktischer Radikalkritik, bei der der Kritiker jedoch mit einer Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis und selbst unter rechtsstaatlichen Bedingungen mit Mehrfachbestrafung rechnen muß (vgl. Herz 1996).

Ebenso wie bei den zivilen, den Militärdienst unterstützenden Zwangsdiensten gibt es beim "Kriegsdienst mit der Steuer" nach wie vor keine rechtlichen Möglichkeiten zur Gewissensentlastung (vgl. Euskirchen 2000b). Seit Jahren arbeitet allerdings eine internationale Bewegung auf eine parlamentarisch-rechtliche Regelung von Rüstungssteuerverweigerung hin - durch Anleitung zum zivilen Ungehorsam in Steuersachen und durch Lobbyarbeit für eine gesetzliche Regelung (vgl. Bock/Diefenbacher/Reuter 1992; Versöhnungsbund 1994). Der Jurist Paul Tiedemann macht in seinem für das Thema zentralen Buch sogar einen Gesetzes-

²⁰⁶ Grundsätzliche Informationen: <http://www.kampagne.de/Hilfe/Totalverweigerung.php>.

vorschlag, mit dem er aus allen Vorhaben und Prozessen der Vergangenheit die Lehren zieht: "Gesetz zur Sicherung der Gewissensfreiheit auf dem Gebiet des Abgabenrechts (GSGA)" (Tiedemann/Heinrichs 1991: 147-149). In den Vorschlägen geht es nicht um Steuerersparnis für die einzelnen Steuerzahler, sondern um Gewissenserleichterung dadurch, daß Geld nicht dem Militär, sondern z.B. einem zivilen Friedensdienst zugute kommt.

In der Logik der Unterstützung von Militärdienst- und Militärsteuerverweigerung liegen Aufrufe zur Desertion und die Unterstützung von Deserteuren:

"Im Akt der Desertion entzieht sich ein Subjekt der unterwerfenden Macht konsequent durch sein radikales 'Dagegen-Sein'. Gerade deshalb muss »der Deserteur« den vergangenen, gegenwärtigen oder zukünftigen Kriegstreiber-Eliten als besonders gefährlich erscheinen. Denn der desertierende Soldat verweigert nicht nur die unmittelbare Beteiligung am Krieg, sondern auch die Verkörperung von Männlichkeitsmodellen, die entlang der Qualitäten »furchtlos«, »tapfer«, »vaterlandstreu« oder »kameradschaftlich« entworfen werden und sich oft genug nahtlos in militärische Vernichtungslogik übersetzen lassen." (Brunns/Graefe 2003)

Radikale Militär- und Ritualkritik - praktisch oder theoretisch - setzt sich jedoch in Opposition zu geltenden Zwecken und damit Rechten und ist insofern riskant. Nicht nur die Deserteure selbst, sondern auch diejenigen, die auch nur den Gedanken an die Handlungsoption Desertion argumentativ wachhalten und streuen, werden staatlicherseits energisch verfolgt. So gab es gegen mehr als 90 UnterzeichnerInnen eines Aufrufs zur Desertion während des Kosovokrieges Strafverfolgung nach § 111 StGB "öffentlicher Aufruf zu einer Straftat". Es ergingen Strafbefehle zwischen 2.500 und 7.000 DM. Der Paragraph selbst - als sog. "Gummi-Paragraph" sogar unter JuristInnen umstritten - wurde in vergleichbaren Prozeßwellen angewandt, z.B. nach Tschernobyl (gegen AKW-Gegner) und während des zweiten Golfkrieges zur Verfolgung politisch unbequemer AktivistInnen. Wenn auch in den juristischen Verfahren die Freisprüche überwogen, so doch nicht, weil die Judikative die Verfahren zur Gelegenheit genommen hätte, die Völkerrechtswidrigkeit der Bombardierungen Ex-Jugoslawiens festzustellen, sondern weil den Kriegskritikern Meinungsfreiheit und Verbotsirrtum zugute gehalten wurden. In einer einzigen Urteilsbegründung stellte ein Richter fest, daß der Krieg rechtswidrig war und nicht der Aufruf zur Desertion in diesem Krieg. In seiner schriftlichen Begründung stellte er dar, daß der Kosovo-Krieg und insbesondere die deutsche Beteiligung daran völkerrechts- und verfassungswidrig waren.²⁰⁷

²⁰⁷ Vgl. die Prozeßbeobachtung (Euskirchen 2000a). Die Anklage der Staatsanwaltschaft - im Anschreiben fälschlicherweise sogar wegen 'Volksverhetzung' - mit dem Text des Aufrufes zur Desertion ist ebenfalls dokumentiert: <http://userpage.fu-berlin.de/~ami/extra/prozesse/anklage.htm>. Interessant auch die Revisionsrechtfertigung der Staatsanwaltschaft in einem der anderen Verfahren: <http://userpage.fu-berlin.de/~ami/extra/prozesse/revision.htm>.

Die Konsequenz, mit der der Staat gegen Menschen vorgeht, denen ihr Gewissen den Dienst in einem Militär- und Kriegssystem oder die Finanzierung von Rüstung und Krieg verbietet - und nicht nur den Dienst mit der Hand an der Waffe -, beweist die Sensibilität des Themas. Militär und Staat sind durch TKDV und Desertion tatsächlich am neuralgischen Punkt berührt. Denn beeinträchtigt wird das bedingungs- und reibungslose Funktionieren des Systems von Befehl und Gehorsam in der Armee, das eben auf der praktischen Alternativlosigkeit zum Gehorsam beruht. So kommt es regelmäßig zu Wehrdienstverweigerungen aktiver Soldaten, die im Umfeld disziplinarrechtlich inhaftierter TKDVer ihren Dienst absolvieren. Die Wirksamkeit solcher praktischer Militärkritik wird immer dann verstärkt, wenn die auf das juristische Feld verdrängten Konflikte öffentlichkeitswirksam (Presse, Demonstrationen) begleitet und damit repolitisiert werden.

c) Die Grundlagen für Leben und Gesellschaft werden weiter und in immer weitgehendem Maße durch ein verwertungsorientiertes Gesellschafts- und Wirtschaftskonzept ausgehöhlt und zerstört. Mit militärischer Gewalt wird die weltweite Verbreitung der Prinzipien dieses Konzepts vorangetrieben. Soll dieser Tendenz *wirklich* gegengesteuert werden, dann sind Befehlsverweigerung, organisierte Verteidigung und Solidarität *gegen* ein System auf Basis von Befehlsgewalt und *für* ein System auf Basis ständig weitergetriebener Demokratisierung und Bedürfnisbefriedigung notwendig²⁰⁸.

Neben Bewußtseinsarbeit und Verweigerung gegenüber der Rüstungs- und Militärmaschinerie sind neue Formen der Kontrolle der gesellschaftlichen Produktion notwendig, und zwar unter dem Aspekt der Abwicklung von Herrschaftsmechanismen und Gewaltpotential. Denn alle gesellschaftliche Reproduktion - und damit auch die Bereitstellung der Ressourcen für Militär und Krieg - läuft über den Verwertungsprozeß von Kapital und Arbeit. Für diese Auseinandersetzung um Produktionsmittel eignen sich die traditionellen Mittel des Streiks, der Blockade und der Sabotage, das gesamte Spektrum der Mittel des "gewaltfreien Kampfes" (Gandhi, vgl. Krippendorff 1999b). Diese Kämpfe finden - in der ›Informationsgesellschaft‹ - zwar unter den Bedingung nie dagewesener Kontrolltechniken und -aktivitäten statt. Während die Militärs den Info-War schon vorbereiten²⁰⁹, kann aber z.B. durch die Ausnutzung dezentraler, verschlüsselnder elektronischer Kommunikationmittel auch soziale Bewegung ganz neu und wirksam gegen Repression abgesichert werden. Genau dort kann politische Organi-

²⁰⁸ Mit Bedürfnisbefriedigung ist hier nicht ihre Existenz unter kapitalistischen Bedingungen gemeint, also als zufälliges Nebenprodukt der Konkurrenz. Denn dann kann es sie immer nur für einige der Konkurrenten geben: die erfolgreichen und privilegierten.

²⁰⁹ Vgl. "Vom Kalten Krieg zum Cyberwar. eBusiness, eGovernment - eWar?" (Welze 2003) und die vielen weiterführenden Artikel zum Thema 'Info-War' bei <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/info/default.html>.

sierung, kollektives Handeln, direkte Aktion auch heute ansetzen: Im Krieg gegen den Irak 2003 kam der Nachschub über die italienischen Stützpunkte ins Stocken, weil im ganzen Land immer wieder und systematisch Zugtransporte von Rüstungsmaterial blockiert wurden. In Mannheim wurde die Zufahrt zum US-Stützpunkt regelmäßig von verschiedenen Kleingruppen blockiert, die so der Kriegsmaschinerie in Deutschland wenigstens symbolischen Widerstand leisteten. Die Nutzung des Shannon Airport in Irland durch die US-Armee hingegen wurde vorübergehend ausgesetzt, da immer wieder Gruppen eingedrungen waren und sogar ein Kampfflugzeug mit einer Axt zerstört worden war.²¹⁰ Die Zerstörung eines Kampfflugs mag die Kampfkraft der Air Force zwar kaum beeinträchtigt haben, aber sie steht symbolisch für die Perspektive der Außerkraftsetzung von Destruktionstechnologie.²¹¹ Immer wieder dringen Aktivisten der belgischen Aktionsinitiative "Get in SHAPE" mit gewaltlosen Aktionen auf das Gelände des militärischen NATO-Hauptquartiers in Europa (SHAPE) in Mons/Belgien vor, um die dortigen Vorbereitungen für den Einsatz von Massenvernichtungswaffen aufzudecken. Durch die bewußte Übertretung der Gesetze versucht die Initiative, Vorbereitungen zum Einsatz von sogenannten taktischen²¹² Atomwaffen vor Gericht zu bringen. Tausende Verfahren gegen Aktivisten liegen unbearbeitet bei der belgischen Justiz.²¹³

Tätliche Ritualkritik setzt aber auch auf der Ebene der Auseinandersetzung um die Machtvisualisierung mit militärischen Mitteln selbst an: Kommunikationsguerilla - verstanden als das Sammelsurium der Techniken zur Entbergung von Macht und zur Bloßstellung von Herrschaft (vgl. autonome a.f.r.i.k.a gruppe/Blissett/Brünzels 1998) - greift die auf die Wirkung ihrer Feierlichkeit hin angelegten Veranstaltungen direkt an. Gezielte und kontrollierte Provokationen zwingen die vermeintlich souveräne Staatsmacht, ihre Visibilitätsreserve (Münkler) aufzubrauchen:

²¹⁰ Vgl. <http://www.shannonpeacecamp.org> und "Refueling Peace. Campaign to monitor and stop US military flights in Ireland" (<http://www.redbrick.dcu.ie/~slack/rp>).

²¹¹ In Deutschland kristallisieren sich derartige Kämpfe gegen Militarisierung und Rüstung z.B. an den Atomwaffenlagern (Ramstein, Büchel), am Hauptquartier der US-Streitkräfte (EUCOM, Stuttgart) oder der Wiedereinrichtung des Bombodroms (Wittstocker Heide, Brandenburg).

²¹² Militärstrategen unterscheiden zwischen strategischen und taktischen Atomwaffen. Strategische Atomwaffen spielten im gegenseitigen Abschreckungssystem des Kalten Krieges die entscheidende Rolle und waren dafür vorgesehen, möglichst große Teile feindlichen Gebiets zu verwüsten. Taktische Atomwaffen dagegen lassen sich angeblich gezielt und dosiert einsetzen. Die letzte Radikalisierung der Bemühungen um ›Einsetzbarkeit‹ von Atomwaffen bilden die *mini nukes*. Damit versuchten Atomwaffenlobby und Militärpolitiker, sich aus der rüstungspolitischen Defensive zu befreien, in die sie mit dem Ende des Kalten Krieges geraten waren und einen Atomkrieg wieder führbar zu machen. Heute wird in den Verteidigungsdoktrinen der Atommächte wieder zunehmend auf Atomwaffen (eben auf "taktische" und *mini nukes*) zurückgegriffen und deren Einsatz erwogen, z.B. zur Bekämpfung tiefer liegender Bunker und gegen mit Massenvernichtungswaffen drohende ›Terroristen‹.

²¹³ Die Informationen über Chronologie, Gründe, Ziele und Vorgehensweise von "Get in SHAPE" bei <http://de.indymedia.org/2003/10/64292.shtml> stehen exemplarisch für die Möglichkeit eines Antimilitarismus, der Theorie und Praxis sinnvoll vereint.

"Der Machthaber, der alle Macht zu zeigen gezwungen worden ist, ist nur noch Gewaltanwender. Seine Visibilitätsreserve ist aufgebraucht; er ist bloßgestellt, und Bloßstellung ist in diesem Fall gleichbedeutend mit Machtverlust." (Münkler 1995: 227)

Zum Schutz des 'feierlichen' Rituals muß der Staat den gänzlich unfeierlichen Teil seines Repressionsapparats aufbieten. Prävention und Verfolgung provokativer Militärritualkritik bringt die Gesamtheit staatlicher Repressionsgewalt mit all ihren ineinandergreifenden Formen zum Vorschein. Störung und Provokation entkleidet den Truppenkörper in den Militärritualen seiner martialischen Ästhetik: Die Staatsmacht ist gezwungen, bei dem Anlaß, der der eigenen feierlichen Machtvisualisierung dienen soll, sich weit über das geplante symbolische Maß hinaus als Unterdrückungsmechanismus zu zeigen: In der Notwendigkeit, 'Sicherheit und Ordnung' rund um das Militärritual um jeden Preis und mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten, zeigt der Staat seine gesamten Repressionsmaterialien (gepanzerte Riot-Cops, Wasserwerfer, Räumpanzer) und -methoden (Absperrung und Überwachung öffentlichen Raums, Einschränkung diverser Bürgerrechte von Ritualkritikern, Kriminalisierung und strafrechtliche Verfolgung rein symbolischer Interventionen). Mit dem Versuch, der demokratischen Herrschaft ihr militärrituell konstruiertes Gewand vom Körper zu reißen, ist diese keinesfalls völlig bloßzustellen. Aber immerhin zeigt sie ihr häßliches, repressives Korsett.